

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 324 | 07-08/2024 | Normalpreis 2€ | Solidaritätspreis: 4€

ehemals:
ISA  **SLP**
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE Sozialistische Linkspartei

FÜR EINE

SOZIALISTISCHE

ALTERNATIVE!

AUS DEM INHALT

» Die Notwendigkeit eines Systemwandels ist so deutlich wie nie zuvor. Doch wie und wofür kämpft ein **revolutionärer Sozialismus im 21. Jahrhundert?** **Schwerpunkt**

» Der Horror im **Kongo**, ebenso wie die Niederlage des ANC in **Südafrika** zeigen: (Neo)koloniale Ausbeutung kann nur durch den Bruch mit dem Kapitalismus beendet werden. **Seiten 15+16**

» Die **KPÖ** nimmt Kurs aufs Parlament. Doch welchen Wahlkampf und welches Programm braucht es für eine wirkliche Alternative zu den Herrschenden? **Seite 5**

WER WIR SIND



» Vorwärts ist die Zeitung der ISA, der Internationalen Sozialistischen Alternative, vormals SLP (Sozialistische LinksPartei). Seit 1983 erscheint diese inzwischen älteste durchgängig erscheinende sozialistische Zeitung des Landes.

» Der tägliche Wahnsinn des Kapitalismus zeigt: Es braucht eine sozialistische Zeitung – und eine sozialistische Organisation. Überall Krisen: Die Klimakrise erzeugt Extremwetter, Hunger und Flucht, die Wirtschaftskrise Arbeitslosigkeit und Armut. Die Krise des Kapitalismus bringt Krieg und Zerstörung. Die politische Krise stärkt rechte Kräfte. Das kann Angst machen – und erzeugt Widerstand mit Protesten und Arbeitskämpfen. Denn so kann es einfach nicht weitergehen. Es mangelt nicht an der Bereitschaft, sich zu wehren und zu kämpfen. Doch oft mangelt es am Plan, was konkret zu tun ist, am Programm, das einen echten Ausweg aufzeigt.

» Als Sozialist*innen sind wir überall dabei, wo sich Menschen gegen Ungerechtigkeiten wehren und verbinden diese Kämpfe mit einer sozialistischen Perspektive.

» Wir sind aktiv und Teil von Bewegungen gegen Krieg, Bildungsabbau und Rassismus. Mit der sozialistisch feministischen Initiative ROSA führen wir Proteste in frauendominierten Branchen mit dem Widerstand gegen Sexismus und dem Kampf um eine Systemalternative zusammen. Wir bauen als aktive Beschäftigte und kämpferische Betriebsrät*innen

Widerstand am Arbeitsplatz auf und kämpfen für einen Kurswechsel der Gewerkschaften.

» Wir sind international und Teil der "International Socialist Alternative" (ISA), der Organisationen und Parteien in über 30 Ländern auf allen Kontinenten angehören. Wir stehen in den besten Traditionen der österreichischen und internationalen Arbeiter*innenbewegung.

» Wir sind demokratisch und bei uns gibt es keine Privilegien. Wir diskutieren und entscheiden gemeinsam – und setzen dann gemeinsam um. Wir sind vom Establishment, bürgerlichen Parteien und Konzernen unabhängig und unsere Funktionär*innen beziehen maximal ein Durchschnittseinkommen.

» Wir kämpfen für eine sozialistische Gesellschaft, die demokratisch und nach den Bedürfnissen der Menschen organisiert ist. Stalinismus und die SPÖ haben und hatten nichts mit Sozialismus zu tun.

» Mehr über unsere Ideen kannst du in dieser Zeitung lesen. Komm zu unseren Aktionen und Treffen, um mit uns zu diskutieren und selbst aktiv zu werden!

TREFFPUNKTE

GRAZ

Melde dich bei uns, um zu erfahren wann das nächste Treffen stattfindet.

LINZ

jeweils Montag, 18:30 Uhr
Restaurant „Alte Welt“
Hauptplatz 4

SALZBURG

Melde dich bei uns, um zu erfahren wann das nächste Treffen stattfindet.

WIEN

Im Juli und August organisieren wir statt unserer regulären Gruppentreffen unsere Veranstaltungsreihe:

Marx im Park

jeweils Mittwoch, 18:30 Uhr
Augarten, Eingang Gaußplatz
bei Schlechtwetter:
ISA-Büro
Pappenheimgasse 2/1

Aktuelle Infos unter slp.at/kalender,
Einwahldaten für Online-Treffen
unter slp@slp.at erfragen.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion:

Internationale Sozialistische Alternative, Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien

Herstellungs- und Verlagsort: Wien

DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U

Abo-Zahlungen & Spenden:

IBAN: AT 25600000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

TERMIN DES MONATS

ISA/ROSA-Sommercamp

Eine Woche voller Workshops und Diskussionen mit Sozialist*innen aus verschiedenen Ländern über aktuelle politische Fragen und Perspektiven – mit jeder Menge See und Sonnenschein!

**18.–25.8. | Turnersee/Zablaško jezero
Kärnten/Koroška**
Programm unter: slp.at
Anmelden unter: slp@slp.at

Keine Sommerpause – jetzt Widerstand vorbereiten!

von Sebastian Kugler

Die Zeit der Sommerlöcher ist vorbei. Kein Wunder bei den vielfachen Krisen, die tagtäglich auf uns einhageln: vom Morden in Gaza, im Sudan oder der Ukraine über die nach wie vor hohe Teuerung, die tägliche rassistische und sexistische Gewalt – bis zu wortwörtlich Hagel und anderen Extremwetterphänomenen, die aufgrund der Klimakrise immer häufiger und zerstörerischer werden (S.14).

Währenddessen werden diesen Sommer wohl nicht nur weitere Hitzerekorde gebrochen werden: die Vertreter*innen der Superreichen heizen im Klassenkampf von oben ordentlich ein. Egal ob Wirtschaftskammer, Industriellenvereinigung oder scheinbar “neutrale” Institutionen wie Wirtschaftsforschungsinstitute oder der Fiskalrat: sie alle trommeln für Lohnkürzungen und Sparpakete, um die “Wettbewerbsfähigkeit” des “Wirtschaftsstandorts” zu pushen. Das ist natürlich nichts anderes als Propaganda-Sprech, um die Profite der Reichen durch Angriffe auf Löhne und Lebensstandards zu erhöhen.

Freilich: ihr System ist in der Krise. Der österreichische Kapitalismus kommt nicht aus der Rezession, besonders in so zentralen Sektoren wie Produktion und Bau. Die Bosse reagieren einerseits mit Entlassungen (S. 6) – nirgendwo schnellen die Arbeitslosenzahlen so sehr in die Höhe wie in diesen Bereichen –, andererseits mit einem Investitionsstreik: weil sie keine Profite erwarten können, gehen die Investitionen zurück. Bei Start-Ups, die uns jahrelang als die Zukunft kapitalistischen Wirtschaftens verkauft wurden, brachen die Investitionen sogar um 20% ein.

Neue Regierung wird Regierung des Kapitals

Von daher steht das Programm des Kapitals für die Periode der nächsten

Regierung – egal welche Farben sie trägt – bereits fest: Der Fiskalrat forderte schnelle und brutale Sparpakete, die Unternehmerverbände Einschnitte bei Löhnen. Die nächste Regierung wird versuchen, die Wünsche des Kapitals zu erfüllen. Die Frage ist nur, ob sie das brachial und mit brutaler Hetze gegen Migrant*innen, queere Personen und Linke geschieht (falls die FPÖ die Regierung anführt), oder auf “vorsichtigere” Art (im Fall einer SPÖ/ÖVP-Variante). Höchste Zeit also, sich vorzubereiten. Bei den kommenden Wahlen droht nicht nur ein Sieg der FPÖ (S.4), es gibt auch die Chance für den Einzug der KPÖ (S.5). Das wäre ein wichtiger Schritt für die Gegenwehr gegen die Angriffe von oben – und doch noch viel zu wenig angesichts dessen, was nötig wäre.

Denn es reicht einfach nicht, dem Klassenkampf von oben und dem Kulturkampf von rechts ein Kreuzchen bei der Wahl entgegenzusetzen. Wir müssen uns organisieren – in unseren Nachbarschaften und Communities, um etwa die Epidemie sexistischer Gewalt zurückzudrängen (S.13); und am Arbeitsplatz, um Druck von unten auf den ÖGB für einen konkreten Aktionsplan für Widerstand gegen die kommenden Angriffe aufzubauen (S.7). Im Schwerpunkt dieser Ausgabe widmen wir uns deshalb der Frage, welche Art der politischen Organisation wir brauchen, um effektiven Widerstand zu leisten – und welches Programm eine solche Organisation braucht, um eine tatsächliche demokratische sozialistische Alternative zur kapitalistischen Zerstörung von Gesellschaft und Klima zu erreichen.



Warum die FPÖ erfolgreich ist – und wie wir sie wirklich stoppen können

von Lena G.

Die EU-Wahlen waren ein Schlag ins Gesicht, der blaue Flecken hinterlässt – aber auch nicht verwunderlich. Ein Stimmungsbarometer für die Nationalratswahlen? Und woher kommt der Erfolg der FPÖ?

Regierungsbeteiligung – alles für den großen Mann

Nach dem Zweiten Weltkrieg positionierte sich die FPÖ zunächst als Fürsprecherin der Altnazis und der Reichen. Erst als die SPÖ in den 1980ern offen neoliberal wurde, vom faulenden verstaatlichten Kuchen sich noch ordentliche Stücke privatisierte und damit jede Glaubwürdigkeit verlor, konnte sich die FPÖ unter Jörg Haider als angebliche neue Arbeiter*innenpartei positionieren. Gemeinsam mit dem Niedergang der stalinistischen Sowjetunion schien es eine Alternative zur herrschenden Politik nur noch von Rechts zu geben.

1999 trat die FPÖ in eine Koalition mit der ÖVP ein. Ihr Versprechen, für den kleinen, österreichischen Mann einzustehen, erwies sich schnell als leer. Stattdessen unterstützte die FPÖ den neoliberalen Kurs der ÖVP, geprägt durch Sozialabbau, Privatisierungen und Arbeitsmarktreformen. Diese Politik verschärfte die sozialen Ungleichheiten und traf die gesamte Arbeiter*innenklasse und insbesondere Migrant*innen. Ein Beispiel war die „Hacklerregelung“, die anfänglich entlastend wirkte, langfristig aber Pensionsansprüche beschnitt.

Auch während der Regierungszeit von 2017 bis 2019 zeigte die FPÖ ein ähnliches Muster: Der 12-Stunden-Arbeitstages verschlechterte die Arbeitsbedingungen. Innenminister Kickl rüstete die Polizei auf und weitete die Überwachung aus, besonders gegen politische Gegner*innen und Migrant*innen. Der Ibiza-Skandal offenbarte die Korruption

in der FPÖ und ihre Bereitschaft, demokratische Prinzipien zugunsten eigener Machtinteressen zu opfern.

Die gute alte Zeit und das Versagen anderer Parteien

Ein zentrales Element der FPÖ-Strategie ist die Hetze gegen Migrant*innen, um von sozialen und ökonomischen Problemen abzulenken. Eine Gruppe, die sich weder an Wahlen beteiligen darf, aufgrund von Jobunsicherheit oft nicht an Streiks teilnehmen kann und sich nur selten juristisch, z.B. gegen illegale Kündigungen, wehren kann, wird als Sündenbock gewählt. Anstatt die Ursachen von Arbeitslosigkeit und sozialer Unsicherheit im Kapitalismus zu suchen, werden Migrant*innen als Bedrohung dargestellt. Es wird suggeriert, dass es nicht nötig ist, gegen die Reichen zu kämpfen, sondern einfach „nach unten“ getreten werden muss, um den eigenen Zustand zu erhalten bzw. zu verbessern.

Das Versagen anderer Parteien trägt ebenfalls zum Erfolg der FPÖ bei. Die ÖVP hat sich als williger Koalitionspartner der FPÖ erwiesen und ihre rechte Politik unterstützt. Die Grünen, obwohl sie sich als progressive Alternative darstellen, haben die neoliberale Politik mitgetragen und somit das Vertrauen vieler Wähler verspielt. Die SPÖ ist zunehmend verbürgerlicht und übernimmt bereitwillig ausländerfeindliche Rhetorik.

Ein weiterer Faktor für den Erfolg der FPÖ ist die romantisierte Vorstellung der alten Zeit, die in Zeiten von kapitalistischen Mehrfachkrisen Stabilität verspricht. Vor 30 Jahren waren nunmal die Jobs sicherer und die Mieten günstiger, das stimmt zwar – aber dank der Stärke der organisierten Arbeiter*innenklasse, gegen die die FPÖ immer angekämpft hat! Diese Propaganda fruchtet besonders in Krisenzeiten wie der Corona-Pandemie, in der viele Menschen existentielle Ängste hatten. Die FPÖ

nutzte diese Unsicherheit, um gegen die Corona-Maßnahmen zu hetzen und Verschwörungstheorien zu verbreiten. So konnte sich die FPÖ als vermeintliche Stimme des „Widerstands“ präsentieren, während sie an der Macht die Politik des Establishments fortführt.

Eine konsequente linke Politik, die die Interessen der Arbeiter*innen und Migrant*innen vertritt, fehlt in der österreichischen Parteienlandschaft weitgehend, auch wenn die Zugewinne der KPÖ Hoffnung geben können. Doch auch sie trennt künstlich zwischen Themen wie Wohnen und Fragen von Rassismus – nur durch den offensiven Kampf für soziale Verbesserungen für alle und gegen jeden Rassismus kann die Attraktivität der FPÖ und ähnlicher Parteien nachhaltig geschwächt und eine gerechtere Gesellschaft aufgebaut werden.

Wir sagen

- » Höhere Löhne und niedrigere Mieten für alle erkämpfen!
- » Gleiche demokratische Rechte für alle, die hier leben!
- » Rassismus, Sexismus, Homophobie usw. als Spaltungsmechanismen benennen und bekämpfen – im Betrieb, in Schule & Uni und auf der Straße!
- » Schluss mit dem kleineren Übel – wir brauchen eine politische Kraft, die betriebliche Kämpfe und Bewegungen gegen verschiedene Unterdrückungsformen zusammenführt!
- » Internationale Solidarität schaffen – für den Aufbau einer internationalen sozialistischen Alternative zu Kickl, Le Pen, Meloni & Co.!



KPÖ: Sozialistischer Wahlkampf statt Selbstbeschränkung notwendig!

Foto: KPÖ, kpoe.at

von Katja Straka

Die KPÖ konnte in letzter Zeit einige Wahlerfolge auf Landesebene einfahren: gerade Salzburg, aber auch Innsbruck. Bei der bundesweiten Wahl der EU kommt sie aber nur auf 3 Prozent und schafft es nicht ins EU-Parlament. Aber konnte trotzdem unter den unter 29-Jährigen 10 % einfahren. Das ist für uns Grund genug zu fragen, was das für die Nationalratswahl bedeutet. Wird dort die kleinere Übel-Logik und die Logik der verlorenen Stimme wieder viel stärker zu tragen kommen oder wird doch eher der Aufschwung in den Ländern überwiegen? Eine Lehre ist, dass die Methoden auf regionalen Wahlen nicht notwendigerweise auf die Bundesebene (oder EU-Ebene) übertragbar sind. Es braucht ein klareres politisches Profil und den Aufbau einer echten Bewegung, die auch jenseits von Wahlen Veränderungen erkämpfen kann.

Verbindung zu Klassenkämpfen und Bewegungen

Wir glauben, dass eine Konferenz vor der Wahl, mit Aktiven aus Betrieben, Gewerkschaften, der Klimabewegung und antirassistischen und feministischen Initiativen, hier eine entscheidende Rolle spielen kann. Dadurch könnte man das ganze Potenzial und die Unterstützung für einen linken Wahlerfolg mobilisieren, aufzeigen, dass es nicht nur um Parlamentssitze geht und einen Beitrag zum Aufbau einer Bewegung auch über die Wahlen hinaus leisten. Die KPÖ schöpft aktuell bei weitem nicht ihr Potenzial

für den Aufbau von Bewegungen und Selbstorganisation aus. Ein Beispiel sind die KV-Verhandlungen im privaten Sozial- und Gesundheitsbereich (die dieses Jahr die Herbstlohnrunde eröffnen), wo viele KPÖ-Mitglieder arbeiten. Hier könnte die KPÖ gemeinsam mit Basisinitiativen wie „Sozial aber nicht blöd“ rund um die SWÖ-Verhandlungen durch eine aktive und kämpferische Kampagne spürbare Erfolge erzielen und so neue Menschen und Mitstreiter*innen in Bewegung setzen. Das wiederum könnte eine kämpferische Vorbildwirkung für andere Arbeitskämpfe und KV-Verhandlungen im Herbst haben. Gleichzeitig arbeiten im Sozialbereich vor allem weibliche und migrantisierte Kolleg*innen und Arbeitskämpfe in diesem Bereich haben auch immer eine antirassistische und feministische Komponente. Wir laden die KPÖ und andere dazu ein, gemeinsam mit uns, Basisinitiativen und vielen aktiven Kolleg*innen und Betriebsrät*innen eine kämpferische KV-Bewegung aufzubauen.

Klare Kante gegen Rassismus

Es ist zu erwarten, dass andere Parteien – die deutlich mehr Reichweite haben – vor allem auf das Thema Migration setzen. Auch die Babler-SPÖ schwenkt schon in diese rechte Erzählungen ein. Leider bezieht die KPÖ zu Rassismus und Unterdrückung wenig klare Stellung. Schlimmer noch: Sie tut es bewusst nicht. Eine ihrer Bundessprecher*innen, Sarah Pansy, betont in einem Artikel im „Freitag“: „Wir mobilisieren daher nicht „gegen rechts“, indem wir das als Parole

auf Plakate schreiben. Wir tun der FPÖ nicht den Gefallen, uns an ihr abzuarbeiten. Schon gar nicht gönnen wir ihr es, ständig über ihr Lieblingsthema Migration zu reden. Wir reden übers Wohnen, arbeiten permanent zum Wohnen, machen pausenlos Kampagnen dazu, zwingen den anderen unser Thema auf – und stellen die „Ausländer-raus“-Hetze damit schlicht kalt.“ Das ist gefährlich, lässt rechte Hetze unwidersprochen, bietet kein politisches Programm an und erschwert den Aufbau einer notwendigen Bewegung gegen Rechts.

Systemalternative aufzeigen

Die FPÖ wird auch gewählt, weil sie eine andere reaktionäre Schein-Alternative zu Konkurrenzgesellschaft und Kapitalismus anbietet. Dem muss eine sozialistische Systemalternative entgegengestellt werden. Dabei könnte die KPÖ bei ihrem Hauptthema Wohnen anfangen und Forderungen aufgreifen, die über den kapitalistischen Tellerrand hinausgehen. Es gab z.B. dazu erst vor kurzem das Volksbegehren „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ in Berlin, das große Wohngesellschaften enteignen will und von einer Mehrheit der Berliner*innen unterstützt wurde. Gleichzeitig distanzieren sich KPÖ-Spitzen in Interviews von der Notwendigkeit von Enteignungen. Wenn die KPÖ solche Forderungen aufgreifen und sich zum Sprachrohr für Bewegungen machen würde, würde das die Forderungen popularisieren und dadurch eine Idee aufzeigen, wie man die Macht der Bosse und Konzerne grundlegend herausfordern kann.

Chemie-KV: Giftige Rahmenbedingungen

von Peter Hauer

Nahezu jedes Jahr gibt es Warnstreiks in der Chemie, um den Forderungen der Gewerkschaft Nachdruck zu verleihen. Auch dieses Jahr gab es Warnstreiks, das Resultat ist mit 6,33% Lohnerhöhung aber keine Reallohnerhöhung. Die Verhandler*innen der Gewerkschaft gingen damit ganz bewusst auf die Wünsche der Bosse ein. Denn diese stehen vor einer Reihe von Problemen:

1. Der internationale Markt stagniert. Das resultiert in weniger Aufträgen und trifft die Chemie-Industrie hart. 2. Der Energiepreis beträgt mehr als 1,5-fache von vor Corona. 3. Die internationalen Spannungen sind für den Standort schwierig. Die Chemie-Industrie ist eine exportierende Industrie, doch 2022 wurde das erste Mal mehr importiert als exportiert.

Bereits in den letzten Jahren gab es Schwächeerscheinungen. Ausländische Investoren kauften sich ein und es kam zu Monopolisierungstendenzen. 2013 wurde in Laakirchen eine Papierfabrik von Investoren gekauft. In darauffolgenden Jahren musste ein Teil wieder verkauft werden, und zwar an die Lenzing AG.

Die Lenzing AG selbst baute über die Jahre immer wieder Mitarbeiter*innen ab – aktuell wieder 500 Stellen, etwa 6% der Belegschaft international, 80 davon in Österreich. Der Aktienkurs der Lenzing AG ist auf Talfahrt und hat 40% verloren. In dieser schwierigen Lage hat sich ein brasilianisches Unternehmen mit 15% eingekauft. Um die Lenzing AG wieder profitabel zu machen, möchte man den gesamten Betrieb mehr technologisieren. Es soll zum erhöhten KI-Einsatz kommen und die Produktionsabläufe optimiert werden. Eine erhöhte Technologisierung würde nur kurzfristig Abhilfe schaffen.



Foto: Pro-Ge (Facebook)

Über die letzten Jahre ist der Aktienkurs der Lenzing AG stark gesunken. Selbst langfristige Käufe brachten Verluste. In den letzten Jahren wurden Stellen abgebaut. Ein Vorbote der aktuellen Krise.

Info:

Was tun?

Für die Gewerkschaften ist das keine einfache Situation. Was tun? Die Chemie-Industrie hatte bis 2021 goldene Jahre. Jahre, in denen die Arbeiter*innen nicht entsprechend am Gewinn beteiligt wurden. Warum sollen wir die Verluste ausbaden?

Die Chefs argumentieren, dass man bei den ursprünglichen Forderungen der Gewerkschaft abwandern müsse. Das Hauptproblem der Bosse sind aber nicht die hohen Löhne, sondern der schwache Markt. Der existiert auch anderswo. Das ist eine leere Drohung.

Hunderte Arbeiter*innen beteiligten sich an Warnstreiks. Es gibt Motivation für Streiks. Diese muss ausgebaut werden. Warnstreiks sind kein effektives Mittel, wenn Auftragsbücher leer sind. Da nützt der Streik den Chefs, weil sie für diese Zeit keine Löhne zahlen müssen. Effektiver wären Betriebsversammlungen, bei denen die Belegschaft über

die KV-Verhandlungen diskutiert. Löhne müssen bei Versammlungen weiter gezahlt werden. Wenn die Kapitalist*innen mit ihrer planlosen Konkurrenz ganze Regionen gefährden, müssen wir uns wehren. Deswegen: Demokratische Diskussionen über Ziele und Massnahmen während der Arbeitszeit, lasst die Chefs für ihre Krise zahlen.

Eine reale Gefahr ist allerdings der Konkurs der Firma durch die kapitalistische Krise. Ein Konkurs der Lenzing AG hätte schreckliche Folgen für die Region. Das muss verhindert werden. Um das zu verhindern braucht es breiten Schulterschluss mit den Arbeiter*innen im Energiesektor. Wenn die Chemie-Arbeiter*innen alleine streiken, können sich die Bosse auf die Energiepreise rausreden. Wenn die Arbeiter*innen des Energiesektors streiken und gemeinsam für kollektive Planung statt kapitalistische Konkurrenz kämpfen, kann auch dieses Problem bekämpft werden.



Kampagne für echte Verbesserungen in Pflege und Sozialbereich!

von Michael Gehmacher,
Betriebsrat beim Samariterbund-
Wohnen und Soziales Wien

Mitte Juni startete die Basisinitiative „Sozial, aber nicht blöd“ mit einer Kundgebung in Wien Ottakring eine Kampagne für Verbesserungen im Sozialbereich und in der Pflege. In Betrieben, Dienststellen und Gewerkschaften setzen wir uns aktiv für unterschiedliche Forderungen ein und stehen für eine kämpferische und demokratische Gewerkschaftspolitik.

Werde schon jetzt mit uns aktiv!

„Sozial, aber nicht blöd“ versucht schon jetzt, Druck in den Betrieben und auf der Straße aufzubauen. Wir laden Kolleg*innen aus dem Sozialbereich, der Pflege und dem Bildungswesen sowie solidarische Menschen ein, uns zu unterstützen. Du kannst einfach mal bei unseren Treffen vorbeischauen, um andere Kolleg*innen kennenzulernen und mit uns zu diskutieren!

Doch um echte Verbesserungen durchzusetzen, wird es auch nötig sein, Druck in Betrieben zu machen. Du kannst unsere Unterschriftenliste anfordern und dich mit anderen Kolleg*innen zusammenschließen und gemeinsam im Betrieb, auf der Fachhochschule oder im Freundeskreis dafür Unterstützung sammeln. „Sozial, aber nicht blöd“ organisiert auch regelmäßig „Streikworkshops“. Anhand von aktuellen Beispielen überlegen wir uns gemeinsam, wie bei dir im Betrieb Aktionen ausschauen

könnten. Vielleicht möchtest du einen solchen „Streikworkshop“ organisieren? Dann melde dich bei uns!

Wenn es in eurem Betrieb einen Betriebsrat gibt – sprich mit ihm! Vielleicht will er die Forderungen unterstützen, vielleicht ist es möglich, eine Betriebsversammlung abzuhalten, wo ihr darüber diskutiert und eventuell die Unterstützung der Forderungen beschließt. Wenn du eine solche Initiative ergreifen willst, kontaktiere uns!

Unsere Forderungen

Die Löhne und Gehälter aller Berufsgruppen sollen um mindestens 750 Euro brutto bei Vollzeit angehoben werden – konkret bei den kommenden KV-Verhandlungen für Caritas, Rotes Kreuz, Diakonie, Sozialwirtschaft Österreich (SWÖ) und bei einigen kleineren Kollektivverträgen, in allen Verwendungsgruppen. Manchen Kolleg*innen scheinen 750 Euro plus etwas zu hoch gegriffen. Aber viele Kolleg*innen leiden immer noch unter den sehr hohen Preisen, Mieten und Energiekosten. Vor allem jene in niedrigeren Lohngruppen – besonders Frauen – sind betroffen. Auch innerhalb der Branche gibt es eine Schere beim Einkommen. Durch eine

Erhöhung um einen Fixbetrag werden Kolleg*innen in niedrigeren Gehaltsgruppen unterstützt, und die Schere wird zumindest nicht noch größer (was bei einem Prozentsatz der Fall wäre). „Sozial, aber nicht blöd“ will endlich spürbar etwas gegen Burn-Out und Erkrankungen im Job tun. Dafür sollte die Wochenarbeitszeit bei vollem Gehalt um mindestens 3 Wochenstunden reduziert werden. Darüber hinaus braucht es auch politischen Druck auf die Regierenden in Bund und Ländern für mehr Ressourcen und Finanzmittel für den Sozialbereich.

„Sozial, aber nicht blöd“ kämpft für demokratisch organisierte Streiks!

Um unsere Ziele durchzusetzen, werden wir Arbeitskämpfe brauchen. Es ist wichtig, dass wir über Aufbau, Gestaltung, Anfang und Ende bestimmen können. Dazu braucht es eine Aktivist*innen- und Betriebsrät*innenkonferenz im Zuge der KV-Verhandlungen, die demokratisch über das „wie weiter?“ entscheidet. Warnstreiks und Streiks werden schon vor der letzten Verhandlung nötig sein. Am Ende braucht es eine Urabstimmung über ein vorläufiges Verhandlungsergebnis.

Sag's dem Michi!

Beim SWÖ-KV verhandelt der Bundesausschuss des zuständigen GPA-Wirtschaftsbereichs (WB17) und ein Verhandlungsteam der Gewerkschaft VIDA. Letztes Jahr hat der „Gewerkschaftliche Linksblock“ (GLB)

den ISA-Aktivist Michael Gehmacher in dieses Gremium entsandt. Wenn Du ein Anliegen für Sozialbereich und Pflege hast, schreib an:
michael.gehmacher@gmx.at.

Mit ISA und ROSA die Bewegung im Bildungssystem aufbauen!

von Sebastian Kugler

Vor dem Ende des Schuljahres flammten noch einmal Proteste gegen die unhaltbaren Zustände im Bildungssystem auf: Beim "Aktionstag Bildung" am 6.6. kam es in mehreren Bundesländern zu Aktionen und Demos von Lehrer*innen, Freizeitpädagogik*innen, Eltern und Schüler*innen – mehrere Tausend Teilnehmer*innen demonstrierten so für mehr Ressourcen, mehr Personal und mehr Demokratie im Bildungssystem.

ISA und ROSA waren ein wichtiger Teil der Proteste in Wien: Wir beteiligten uns an der Planung und der Mobilisierung, etwa an der MS Herzgasse, wo Mittelschullehrerin und ISA- und ROSA-Aktivistin Sarah Moayeri gemeinsame Aktionen des Lehrkörpers initiierte und mit Kolleg*innen zur Demo kam. Auf der Demo wurde die Rede von ROSA-Aktivistin Tara verlesen, die für die



Schüler*inneninitiative Change for the Youth gehalten wurde. Change for the Youth setzt sich für mehr Ressourcen für psychische Gesundheit im Bildungssystem und für Jugendliche generell ein. Taras Rede betonte dabei auch die Notwendigkeit, sich an den Schulen gegen Rassismus und Sexismus zu organisieren – und sprach dabei auch explizit das Massaker in Gaza und die Notwendigkeit der Solidarität mit den Betroffenen an. ISA- und ROSA-Aktivist Sebastian Kugler sprach für die Initiative Unterbau Uni Wien, die sich gegen prekäre Arbeitsbedingungen an den Unis wehrt.

Die Vielfalt der Arten, wie wir uns in die Bewegung einbringen, hängt damit

zusammen, dass all die verschiedenen Missstände im Bildungssystem letztlich untrennbar miteinander verbunden sind. Wir müssen zwar an den konkreten Problemen ansetzen – von den rassistischen "Deutschförderklassen" über den Personalmangel an den Schulen bis zur Jobunsicherheit an den Unis – aber wirklich lösen können wir diese Probleme nur im Kampf für ein völlig anderes Bildungssystem, das ausfinanziert und demokratisch ist. Mit dem Beginn des nächsten Schuljahres beginnt eine weitere Runde in diesem Kampf. ISA und ROSA planen z.B. Streikworkshops an verschiedenen Schulen, um Kolleg*innen dafür auszurüsten.

Nach der Pride ist vor dem Widerstand!

von Jan Millonig

Mit der sozialistisch-feministischen Initiative ROSA nahmen wir an den Pride-Paraden in Wien, Graz und Linz teil und planen dies auch im September in Salzburg. Auf unserem Transparent machten wir klar: „Der Rechtsruck bedroht unser Leben!“ – ob steigende homophobe Gewalt, transphobe Hetze oder Hürden für trans/gender health care – alles Phänomene eines Systems, das zunehmend versagt, ein gutes und sicheres Leben für alle zu ermöglichen. Rechte antworten auf die gesellschaftlichen Krisen mit einem „Zurück zu alten Werten“. Nicht nur dagegen wollen wir uns wehren, sondern auch gegen alle Angriffe auf jede marginalisierte Gruppe. „No one is free until everyone is free!“ war ein

Leitsatz von Marsha P. Johnson, der Anführerin des Stonewall-Aufstands. So zeigten wir uns auf unseren Plakaten auch solidarisch mit den Menschen in Gaza sowie von Rassismus Betroffenen in Österreich.

Unsere Verbindung der Kämpfe gegen verschiedene Unterdrückungsformen und die Betonung auf einen Kampf über den Pride-Month hinaus, wurde von vielen – vor allem jungen – Teilnehmer*innen stark unterstützt. Unser Flyer wurden überall gerne genommen, auf der Wiener Regenbogenparade bekamen wir viel Zuspruch auf ein Plakat in Solidarität mit Gaza und im ROSA-Block auf der Pride in Linz riefen viele enthusiastisch mit. Jetzt müssen wir Widerstand gegen Rechtsruck und drohende Angriffe auf LGBTQIA+-Rechte aufbauen!



VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 324 | 07-08/2024

SCHWERPUNKT

ISA
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE



FÜR EINE INTERNATIONALE SOZIALISTISCHE ALTERNATIVE ZUM CHAOS DES KAPITALISMUS!

Am Wochenende des 24.-26. Mai 2024 trafen sich Mitglieder der ISA aus ganz Österreich sowie internationale Gäste auf unserer Bundeskonferenz, um die aktuelle politische Lage zu analysieren und daraus Aufgaben abzuleiten. Die Konferenz fand in vielerlei Hinsicht gleichzeitig an einem Wendepunkt in der politischen Situation und auch für unsere Organisation statt. Das brutale Massaker des israelischen Regimes in Gaza mit Unterstützung des westlichen Imperialismus unterstreicht die Dringlichkeit eines Systemwandels. In der Nacht nach dem Ende der Konferenz verbrannten nach einem israelischen Militärschlag auf in Zelten untergebrachte Geflüchtete mehr als 40 Menschen. Die Brutalität dieses genozidalen Krieges zeigt den ganzen Horror des Kapitalismus in der "Periode der Unordnung". Aber gleichzeitig ist die internationale Bewegung gegen das Massaker in Gaza ein Leuchtturm der

Hoffnung. Beides ist Ausdruck eines Systems in tiefer Krise und der Suche von Arbeiter*innen, Jugendlichen und Unterdrückten nach einer Antwort.

Diese Suche nach Antworten drückt sich in Österreich auch darin aus, dass in einer Umfrage 63% der Befragten "Sozialismus" als ein sehr oder eher positives Wirtschafts- und Gesellschaftssystem angeben, sowie in den Wahlerfolgen der KPÖ. Proteste und Streiks wachsen - wenn auch noch immer auf niedrigem Niveau - doch gleichzeitig ist die FPÖ die stärkste Kraft bei den Wahlen.

Das zeigt die vielfachen Herausforderungen und Fragen für revolutionäre Sozialist*innen in der aktuellen Krise des Kapitalismus. Wie nutzen und entwickeln wir marxistische Theorie, um politische Entwicklungen wie den Rechtsruck tatsächlich zu verstehen? Wie verändert sich der Klassenkampf und die Entwicklung

von Klassenbewusstsein im Vergleich zu früher und welche Rolle spielt der Kampf gegen Unterdrückung (Sexismus, Rassismus, Queerfeindlichkeit) dabei? Welche Rolle können revolutionäre Sozialist*innen im Aufbau von Bewegungen spielen? Viele dieser Fragen und Diskussionen haben wir in unserer Organisation in den letzten Jahren teilweise auch sehr kontrovers geführt, was leider unter anderem auch zum Austritt der ehemaligen Bundessprecherin Sonja Grusch geführt hat, die diese Veränderungen nicht mitgehen wollte. Mit der Bundeskonferenz 2024 ist es gelungen, eine gemeinsame Analyse der politischen Situation und der damit verbundenen Aufgabe von revolutionären Sozialist*innen zu entwickeln, die wir in diesem Schwerpunkt darstellen wollen.

**zusammengestellt von der
VORWÄRTS-Redaktion**

Revolutionärer Sozialismus in einer neuen Periode

In unserem Dokument zur politischen Lage in Österreich umreißen wir die Situation des globalen Kapitalismus wie folgt: *„Mehrere neue Krisen prägen die Lebensrealitäten der Arbeiter*innenklasse und der Jugend – allein seit 2020 wurde die internationale Arbeiter*innenklasse mit einer historischen globalen Pandemie, dem brutalen russischen Einmarsch in die Ukraine, der den größten militärischen Konflikt auf europäischem Boden seit dem Zweiten Weltkrieg markiert, und dem historischen Massaker in Gaza unter Führung der israelischen Kriegsmaschine konfrontiert. Verschiedene Elemente der kapitalistischen Krise, Krieg und ein sich beschleunigender imperialistischer Machtkampf, die Klimakrise, die rapide zunehmende Ungleichheit und Armut – sind miteinander verknüpft, beschleunigen und verschärfen sich gegenseitig. Während das kapitalistische System dem Untergang entgegenzugehen scheint, ist das Vakuum eines entschlossenen revolutionären Klassenkampfes, der in der Lage wäre, dieses zerfallende System durch eine sozialistische Alternative zu ersetzen, besonders groß.“*

Vielfache Krisen

Während in den Jahren unmittelbar nach dem Fall des Stalinismus österreichische Konzerne durch die Ausbeutung Osteuropas und des Balkans fette Extraprofite einfahren konnten, stellt jetzt die zunehmende imperialistische Konkurrenz die exportorientierte österreichische Wirtschaft vor immer größere Probleme. Die wirtschaftlichen Verwerfungen, etwa durch den Ukraine-Krieg, haben z.B. mit der Rekordteuerung auch in Österreich massive Auswirkungen auf die Arbeiter*innenklasse. Gleichzeitig führt Krieg und Ausbeutung – angetrieben durch imperialistische Kräfte – dazu, dass immer mehr Menschen nach Österreich fliehen müssen. Auch die Klimakrise treibt Flucht weiter an, während die zunehmenden wirtschaftlichen Probleme und imperialistische Konkurrenz dazu führen, dass die Regierenden mehr Geld in Konzernhilfe und Aufrüstung stecken und bei den ohnehin begrenzten Klimaschutzmaßnahmen zurückrudern. Ähnliches gilt für den Care-Bereich (Gesundheits-, Bildungs- und Sozialbereich), der durch Unterfinanzierung in eine immer tiefere Krise rutscht.

Wir sehen, dass die vielen verschiedenen Krisen des Kapitalismus sich gegenseitig beeinflussen und verschärfen. Sie erzeugen das Gefühl eines allgemeinen Verfalls der Gesellschaft. Auf politischer Ebene führt das zu einer weit verbreiteten Ablehnung

des politischen Establishments – die aktuelle Koalition ist die unbeliebteste in der 2. Republik. Aber diese Krisen sind auch die Grundlage für den Rechtsruck: in der kapitalistischen Krise sind die Herrschenden immer stärker auf autoritäre und rechte Ideen angewiesen und gleichzeitig profitieren Rechtspopulist*innen, indem sie Migrant*innen, queere Personen und Arme zu Sündenböcken machen und der krisengebeutelten Realität eine gute alte Zeit gegenüberstellen. Deshalb ist es so zentral, die Zusammenhänge zwischen den unterschiedlichen Krisen ins Zentrum zu rücken und der reaktionären Schein-Alternative der Rechten eine internationale sozialistische Perspektive entgegenzustellen.

Klassenbewusstsein und Klassenkampf

Die vielfältigen Krisen des Systems führen auch in Österreich zu einer Zunahme von Bewegungen – unter anderem Streiks in Branchen vom Metallbereich über die Freizeitpädagogik bis zu den Brauereien. Gleichzeitig entwickelt sich international – und vor allem in Österreich – dieser Widerstand vor dem Hintergrund einer jahrelangen neoliberalen Offensive und einem enorm verwirrten Bewusstsein. Gerade die österreichische Gewerkschaftsbürokratie hat jahrzehntelang die Arbeiter*innenklasse zur Passivität erzogen und versucht, Streiks zu verhindern. Auch diese mangelnde

Erfahrung mit Widerstand stärkt den Rechtsruck. Wenn Menschen keine Erfahrungen damit haben, wie sie durch gemeinsame Selbstorganisation, Proteste und Streiks Veränderungen erreichen können, dann stärkt das die Kräfte, die nach unten statt nach oben treten.

Genau deshalb ist eine zentrale Aufgabe von Sozialist*innen der Aufbau und die Stärkung von Selbstorganisation und Widerstand. Wir können hier eine enorm wichtige Rolle dabei spielen, Wut in Widerstand und greifbare Erfolge zu verwandeln.

Dafür ist es entscheidend, dort anzusetzen,

Menschen schon beginnen, sich zu wehren

und weitergehende Schlüsse ziehen.

Erfolgreiche Kämpfe

– wie die Abwehr des Angriffes

auf die Freizeitpädagogik

durch Proteste und Streiks – können dann eine

Vorbildwirkung für andere Arbeitskämpfe



und die Gewerkschaftsbewegung bzw. Widerstand allgemein haben. In Österreich legen wir als ISA deshalb z.B. einen Schwerpunkt auf den Aufbau von Organisation im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich und auf den feministischen und anti-rassistischen Widerstand.

Kampf gegen spezifische Unterdrückung

Ein weiteres zentrales Element der aktuellen Periode ist die Bedeutung von Unterdrückung (Rassismus, Sexismus, Queerfeindlichkeit usw.) und dem Kampf gegen sie im Klassenkampf, also dem Kampf zwischen der Arbeiter*innenklasse und armen Bevölkerung einerseits und den wirtschaftlich und politisch Herrschenden andererseits. Diese setzen auf rechte Hetze gegen einzelne Gruppen. Viele Bewegungen und Kämpfe entzünden sich genau hieran. Das geht von "Black Lives Matter", über die wachsenden Demos am internationalen feministischen Kampftag (8. März), die "Frau, Leben, Freiheit"-Bewegung und die Gaza-Solidaritätsproteste bis hin zu den Arbeitskämpfen u. a. im Care-Bereich oder bei den Fahrbot*innen.

Es ist kein Zufall, dass so viele Bewegungen sich gerade in weiblichen und migrantisierten Teilen der Arbeiter*innenklasse abspielen.

In den letzten Jahrzehnten hat sich die Zusammensetzung der Erwerbstätigen massiv

geändert: In Österreich hat sich die Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt von 1970 bis 2022 von 30% auf 73% erhöht. Bzgl. Menschen mit Migrationshintergrund von 191.011 (1975) auf 1.203.300 (2022). Gerade diese Schichten der Arbeiter*innenklasse wurden in schlecht bezahlte Jobs gedrängt (Handel, Care-Bereich, Hilfsarbeiter*innen), um den Bossen noch größere Extra-Profitte zu sichern und das System am Laufen zu halten. Die Pandemie hat gezeigt, wie essentiell viele dieser Berufsgruppen für unsere Gesellschaft sind. Aber gleichzeitig leiden diese Schichten der Arbeiter*innenklasse auch am stärksten unter wirtschaftlichen Krisen und den ganz realen Auswirkungen des politischen Rechtsrucks auf ihr Leben und werden von den Gewerkschaften oft nicht angemessen vertreten.

Etablierte "linke" Kräfte - wie die SPÖ unter Babler - reagieren auf die rechte Hetze, indem sie selber nach rechts gehen. Die KPÖ wählt als bewusste Taktik, weniger über Rassismus zu reden und mit sozialen Themen zu überzeugen. Aber genau damit überlässt man einerseits den Rechten das Feld und öffnet andererseits die Tür für noch härtere Angriffe auf die Leben unterdrückter Teile der Arbeiter*innenklasse. Die Antwort von revolutionären Sozialist*innen muss das Gegenteil sein: erkennen, dass der Kampf gegen jede Unterdrückung ein zentraler Teil des Klassenkampfes ist und dass die Mobilisierung der Klasse gegen jeden rechten Angriff entscheidend ist, um den Rechtsruck zurückzudrängen und eine Bewegung aufzubauen, die eine tatsächliche Alternative darstellen kann.

Der Kapitalismus verändert sich - führt zu neuen Krisen, Katastrophen, aber auch Widerstand und Bewegungen. Um darauf eine Antwort zu geben, muss sich auch unsere marxistische Analyse und Praxis entsprechend weiterentwickeln.



Marx Aktuell: Revolutionäre Partei

Die Notwendigkeit einer sozialistischen Systemalternative ist so groß wie schon lange nicht mehr. Aber wie organisieren wir uns, um dafür zu kämpfen? Die Erfahrungen der Geschichte - z.B. die Niederlage der Allende-Regierung 1973 in Chile oder der Syriza-Regierung 2015 - zeigen, dass schrittweise, reformistische Veränderungen scheitern und wir stattdessen einen revolutionären Bruch mit dem System brauchen. Die Massenbewegungen der letzten Jahre von Chile über Frankreich bis zum Iran zeigen, dass Revolutionen möglich sind. Aber aus diesen Beispielen - und zahlreichen anderen in der Geschichte - sehen wir auch, dass eine Massenbewegung alleine nicht ausreicht. Um den Kapitalismus tatsächlich zu stürzen, braucht es eine Organisation, die im Moment der Revolution die unglaubliche Energie der Massen organisieren und kanalisieren kann, um eine erfolgreiche sozialistische Veränderung durchzusetzen - eine revolutionäre Partei.

So eine Organisation kann nicht erst zum Zeitpunkt einer revolutionären Bewegung und auch nicht isoliert von existierenden Kämpfen und Bewegungen aufgebaut werden. In den Kämpfen der Klasse allgemein ist es meistens so, dass Teile vorangehen - und auch bei Widerstand im Betrieb gibt es oft einige Kolleg*innen, die eine treibende Rolle spielen. Eine revolutionäre Partei versucht, solche Prozesse aufzugreifen und gleichzeitig Menschen, die weitergehende und sozialistische Schlußfolgerungen gezogen haben, zu organisieren. Marx und Engels schreiben dazu im kommunistischen Manifest: *"Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weitertreibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus."*

Gleichzeitig ist es notwendig, diese Organisation rund um eine marxistische Methode und ein Programm aufzubauen. Gerade angesichts einer komplexen Vielfach-Krise des Kapitalismus und einem Mangel an Klassenkampf-Tradition und sozialistischen Ideen ist dieser bewusste Zugang besonders wichtig.





Bolschewismus geht auch anders

Die Veränderungen in der politischen Situation und die Weiterentwicklung unserer Analysen müssen sich auch in der Praxis von linken Organisationen ausdrücken. In den 1990ern und frühen 2000ern waren marxistische Kräfte gesellschaftlich isoliert, wenige Menschen glaubten an die Möglichkeit oder Notwendigkeit einer Systemveränderung. Klassenkämpfe und Bewegungen waren trotz Ausnahmen (wie der Massenbewegung gegen die erste ÖVP/FPÖ Bewegung) auf einem eher niedrigen Level. Viele linke Kräfte haben sich als Reaktion darauf von einer revolutionären sozialistischen Perspektive verabschiedet und sich auf kleinere Projektkonzentriert. Kräfte, die weiter an einer revolutionären Perspektive festgehalten haben, waren dazu gezwungen, "den Marxismus" gegen die neoliberale ideologische Offensive zu verteidigen.

Mit einer neuen Periode, wachsender Systemskepsis, Klassenkämpfen und Offenheit für sozialistische Ideen ändert sich das. Es geht nicht mehr vor allem darum, einen Kern an Ideen zu „verteidigen“, sondern eine marxistische Perspektive im Austausch mit dem existierenden Bewusstsein, aktuellen Bewegungen und Kämpfen weiterzuentwickeln sowie darum, eine wichtige Rolle in Bewegungen zu spielen und dazu beizutragen, die Arbeiter*innenbewegung und Organisation wieder aufzubauen.

Bewegungen, Selbstorganisation und Kämpfe aufbauen!

Obwohl wir eine kleine Organisation sind, können wir eine wichtige Rolle

dabei spielen, Widerstand und Selbstorganisation in einigen zentralen Bereichen zu unterstützen – wo Bewusstsein und Kämpfe schon am weitesten fortgeschritten sind. Wir wollen nicht nur eine Organisation aufbauen, die abstrakte Propaganda für eine sozialistische Veränderung macht, sondern eine Organisation, die durch ihr Programm und ihre Praxis einen Weg aufzeigt, wie wir von der heutigen Ausgangslage dorthin kommen können.

Deshalb unterstützen wir z.B. den Aufbau der Basisinitiative "Wir sind sozial aber nicht blöd", die schon jetzt eine wichtige Rolle dabei gespielt hat den privaten Gesundheits- und Sozialbereich zum wahrscheinlich kämpferischsten Sektor hierzulande zu machen. In diesem Prozess wurden auch eine Reihe an zentralen Fortschritten erzielt: die Etablierung von öffentlichen Streiks und Betriebsversammlung statt Streiks nur in Betrieben, die Popularisierung von Urabstimmungen über Verhandlungsergebnisse oder "wilde Streiks" (d.h. ohne Unterstützung der Gewerkschaftsführung) bzw. neue Formen der Streikdemokratie. Durch den Aufbau und die Unterstützung der sozialistischen-feministischen Initiative ROSA ist es gelungen, den ersten Schulstreik am 8. März gegen Sexismus und Krieg zu organisieren, außerdem die größten klar linken, internationalistischen und feministischen Proteste der "Frau, Leben, Freiheit"-Bewegung und zahlreiche wütende Kundgebungen gegen Femizide und transphobe Übergriffe in unseren Nachbar*innenschaften.

Interne Kultur und demokratischer Zentralismus

Die Veränderung unserer Analysen und Arbeit muss auch zu einer Veränderung der internen Parteikultur führen. In einer Periode der "Verteidigung des Marxismus" gibt es automatische Tendenzen in Richtung eines "Top-down"-Zugangs: Einer sehr bestimmenden Führung aus einzelnen Individuen und einer dadurch passiven Mitgliedschaft. So eine Kultur ist auf allen Ebenen unfähig, eine Kampforganisation aufzubauen. Es braucht eine bewusste Ausbildung, ein Lernen voneinander, die aktive Beteiligung und die vielfältigen Erfahrungen von Menschen, die an ihren Arbeitsplätzen, Schulen, Unis und Nachbarschaften aktiv sind. Das gilt auch für einen bewussten Umgang mit Machtverhältnissen und den internen Kampf gegen sexistische Sozialisierung und Co. Ansonsten wird gesellschaftliche Diskriminierung reproduziert und es wird unmöglich, eine echte sozialistisch-feministische Organisation aufzubauen.

Diese Veränderungen und Weiterentwicklung in den Analysen, der Praxis und der Kultur der Organisation sind kein leichter Prozess. Aber sie waren schon jetzt die Grundlage für die Entwicklung einer neuen Schicht an – vor allem jungen und weiblichen – neuen Mitgliedern, die schon jetzt die politische Arbeit der Organisation transformieren und uns dazu in die Lage versetzen werden, in den nächsten Jahren eine wachsende Rolle im Aufbau von Bewegungen, Klassenkämpfen und einer Sozialistischen Alternative zu spielen.

Nehmt ihr uns Eine, antworten wir alle!

von Marlene Erkl,
Sozialarbeiterin

Wer in Österreich lebt, weiß: über die sogenannte gemeinsame „Leitkultur“ wird besonders gerne gesprochen. Ebenso gerne wird über Männergewalt geschwiegen.

Es waren fünf Morde an einem Tag

Fakt ist, beim Thema Frauenmorde gehört Österreich zu den traurigen Spitzenreitern in der EU, wie eine aktuelle Vergleichsstudie von Eurostat zeigt. Schaut man sich die Femi(ni)zid-Zahlen zwischen 2018 und 2023 an, stößt man auf erschreckend hohe Zahlen: pro Jahr wurden bis zu 41 Frauen ermordet. Wie aus der Liste der autonomen österreichischen Frauenhäuser hervorgeht, waren die Täter in nahezu allen Fällen (Ex-)Partner, Ehemänner oder männliche Verwandte. Gewaltschutzexpert*innen betonen, dass sie oft schon bei der Polizei oder in psychiatrischen Einrichtungen bekannt sind. Verfrühte Entlassungen oder Falscheinschätzung im Gefährlichkeitsgrad der Personen hatten tödliche Folgen für Frauen. Dies zeigt nicht nur einen Mangel in der Versorgungslandschaft für psychisch Erkrankte, sondern auch das Desinteresse der Politik, Gewaltschutz- und Präventionsmaßnahmen mit ausreichend finanziellen Ressourcen auszustatten.

Im Februar 2024 wurde ein weiterer Tiefpunkt in der Geschichte der Frauenmorde in Österreich erreicht: Vier Frauen und ein Mädchen wurden an nur einem Tag getötet. Die Pandemie der Gewalt ging 2024 jedoch noch auf schreckliche Weise weiter. Mit Stand Juni 2024 zählen wir bereits zwölf Femi(ni)zide. Gerade wenn es um diese extreme Form der Gewalt geht – um die Tötung von Frauen oder Personen, die als solche eingeordnet werden – bleibt die Berichterstattung oft unpräzise. Wir lesen beispielsweise von einem „Einzelfall“ oder einem „tragischen Beziehungsdrama“. Dies verharmlost die Gewalt nicht nur, sondern versucht sie oft sogar



Ein Femi(ni)zid ist die vorsätzliche Tötung einer Frau durch einen Mann aufgrund ihres Geschlechts bzw. aufgrund von ‚Verstoßen‘ gegen die Rollenvorstellungen, die Frauen zugeschrieben werden.

Info

Hilfsangebote, rund um die Uhr, kostenlos, anonym:

Frauen-Helpline gegen Gewalt 0800 222 555 / Männerinfo 0800 400 777

Aktiv werden und Widerstand organisieren:



@rosa_oesterreich

zu legitimieren. Zurückzuführen ist dies auf patriarchale Gesellschaftsstrukturen des Kapitalismus. Das bedeutet Strukturen, in denen die Macht zwischen Männern und anderen Geschlechtern ungleich verteilt ist, sie lassen zu, dass Männer sich in ihrer Wertigkeit über andere Geschlechter stellen können und dass dies nicht problematisiert, sondern oft sogar als „natürlich“ angesehen wird. Wer in der Öffentlichkeit die hohe Zahl der Femi(ni)zide problematisiert, wird schnell mit der Frage konfrontiert, warum man sich nicht in gleichem Maße für die Morde an Männern interessiert. Ein Grund dafür ist, dass Männer in der Regel von Männern getötet werden. Es sollte also ein weiterer Hinweis darauf sein, dass wir dringend über Männergewalt sprechen sollten. Für Gewaltformen Begriffe zu finden halte ich für essenziell. Sprache ist ein Werkzeug, um unsere Wirklichkeit zu beschreiben und Missstände aufzuzeigen.

Organisieren wir uns gegen Femi(ni)zide!

Den Grundstein für die erfolgreichen internationalen Proteste gegen Femi(ni)zide legte die Bewegung „Ni una Menos“ („Nicht eine weniger“), die ihren Ursprung in Lateinamerika hatte. Auf beeindruckende Weise verbinden sie feministische Forderungen miteinander. Auch in Österreich gehen Aktivist*innen gegen Femi(ni)zide und jede Form von Gewalt auf die Straße. ROSA z.B. organisierte die Protest- und Gedenkundgebung nach den fünf Femi(ni)ziden in Wien im Februar oder den Protest gegen den Freispruch nach dem Tod einer Minderjährigen im Juli. Denn auf die Entscheidungsträger*innen in der Regierung können wir uns schon lange nicht mehr verlassen. Darum organisiere dich! Denn eine andere Welt ist möglich.



Extremwetter-Katastrophen: Wer zahlt?

von Till Ruster

Es ist jedes Mal wieder sehr beeindruckend, was Menschen angesichts von Naturkatastrophen an spontaner Hilfe auf die Beine stellen – so auch bei den Überschwemmungen im Juni entlang der Donau und im Burgenland. Mit Vernetzung und Nachbarschaftshilfe wird viel aufgefangen, oft über Monate hinweg. Aber schon bald nach einer Katastrophe geht es ohne Geld nicht mehr weiter.

Was dann droht, zeigt die Katastrophe im deutschen Ahrtal vor zwei Jahren. Die Ahr lässt sich an vielen Stellen mit Gummistiefeln durchqueren, das Hochwasser kam daher sehr überraschend. Nur die Hälfte der Menschen in der Region hatte Elementarschaden-Versicherungen, noch weniger auch Versicherungen gegen Hochwasserschäden. Diese sind dazu auch noch sehr zögerlich bei der Auszahlung der Schäden. Also waren und sind viele Menschen auf staatliche Hilfe angewiesen. 30 Mrd. Euro wurden zugesagt, aber die Auszahlung stockt auch hier. Die kleinen Betriebe, aber auch die Baukonzerne aus der erweiterten Region, kommen mit den Aufträgen nicht hinterher und lassen sich, ganz im Sinne von Angebot und Nachfrage, sehr teuer bezahlen. Viele Menschen sind einfach weggezogen, weil sie sich den Wiederaufbau nicht leisten können.

Großer Maßstab bei der Problemlösung statt Individualisierung der Schäden

Extremwetterereignisse nehmen zu. Sie sind eine Folge der Klimakrise und

die Uhr lässt sich nicht zurückdrehen. Aber das heißt nicht, dass wir nichts tun können: Wassermangel ist auch eine Frage von wirtschaftlicher Planung und Infrastruktur (Rückhaltebecken, Wiederaufbereitung usw.). Hochwasser hat mit überregulierten Flüssen, Bodenversiegelung, Uferbebauung und schließlich einfach Dämmen, Schutzwänden und Hangbefestigung zu tun. Die Probleme haben ihren Ursprung in der Art, wie wir wirtschaften. Statt der globalen Herausforderung der Anpassung auf die Klimakrise auch global oder wenigstens auf EU- oder Bundesebene zu stellen, wird vieles davon auf die individuelle Ebene abgeschoben. Und hier trifft es, wie immer, ärmere Menschen tausendmal härter als die Reichen.

Die Klima-Zerstörer zahlen lassen!

Die Klimakrise ist die Folge von gigantischer Profitmacherei über Jahrzehnte. Öl-Konzerne, Autobauer, Energielieferanten: alle setzten weiter auf klimaschädliche Technologien und ihre Aktionär*innen werden immer reicher damit. Sie tragen die Verantwortung und sollten die Kosten für die Anpassung an die neue Realität tragen. Diese Herausforderung ist dabei so groß, dass es leichtsinnig wäre, sie dem „freien Markt“ zu überlassen: zu teuer, zu schlecht organisiert. Staatliche Baukonzerne, kontrolliert von den Beschäftigten und der Gesellschaft und finanziert aus den Profiten eben jener Konzerne und dem Vermögen der Reichen, die jahrzehntelang Profite auf unsere Kosten scheffelten,

sollten die nötige Infrastruktur errichten und den Wiederaufbau nach Katastrophen übernehmen. Aber auch andere Großprojekte, wie die Wärmeisolierung von bestehenden Wohnungen, Entsiegelung von Flächen, Begrünung von Städten gegen die Hitzestaus usw. – es gibt so viel zu tun! Dafür braucht es einen Plan im großen Maßstab, gemeinsam entwickelt von Gewerkschaften und Umweltschutzbewegung.

Aber auch wenn viel getan werden kann, um Extremwetter-Katastrophen abzumildern: komplett verhindern können wir sie nicht. Es braucht massive Investitionen in das Equipment von Rettungsorganisationen, Lohnfortzahlung für die Einsatzdauer der freiwilligen Helfer*innen und zusätzlichen Urlaub für diese, um die extra Belastungen abzufedern. Der professionelle Rettungsbereich ist, wie der ganze Gesundheitsbereich, unterfinanziert und leidet an Personalmangel. Die Profis sind das Gerüst, um das herum im Katastrophenfall freiwillige Hilfe organisiert werden muss! Hilfgelder-Fonds sollten vor Ort von den Betroffenen mitverwaltet werden, um die Auszahlung zu beschleunigen und die Gelder sinnvoll zu verteilen. Dabei spielen auch Versicherungen eine große Rolle. Auch dieser Bereich darf nicht privatwirtschaftlich organisiert sein: Versicherungskonzerne sind Wett-Unternehmen auf Katastrophen und Unfälle. Eine staatlich organisierte und durch Arbeiter*innenorganisationen kontrollierte Versicherungsgesellschaft gehört her!

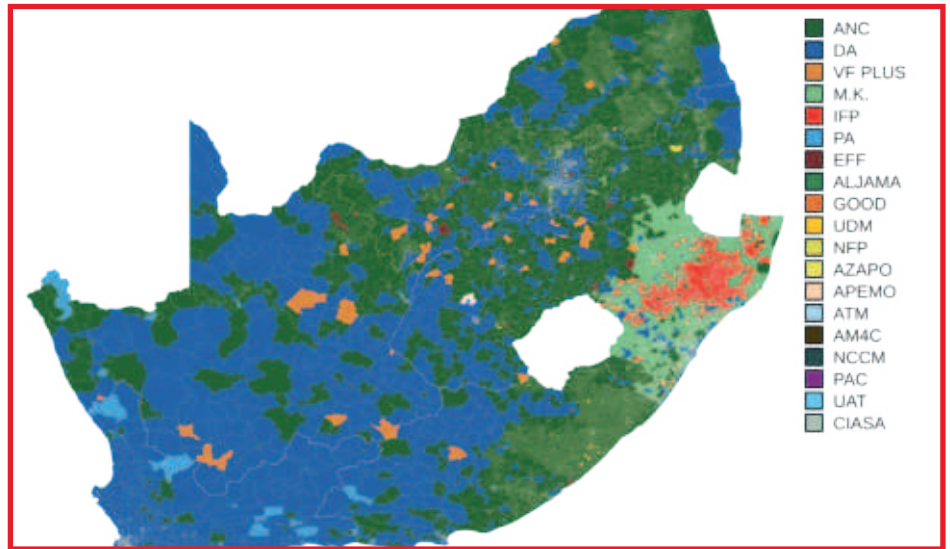
Südafrika: Ende einer Ära

von Bianca Boros

30 Jahre nach den ersten freien Wahlen in Südafrika erreicht der African National Congress (ANC) im Mai 2024 zum ersten Mal nicht mehr die absolute Mehrheit. Die Partei, die das Ende der Apartheid durch eine Massenbewegung heute für sich beansprucht, hat sich nach einer starken Phase der Widerstandsbewegung von unten in den 1990er-Jahren dem (inter-)nationalen Kapital und seinen korrupten Eliten hingegeben. Trotz einer der fortschrittlichsten Verfassungen auf dem Papier, hat der ANC es nicht geschafft, die Rechte der vor allem schwarzen, unterdrückten Bevölkerung auszuweiten. Im Gegenteil.

Wie sehr gerade Rassismus und jede weitere Form der Unterdrückung sich weiterhin aufrechterhalten, zeigen die Zahlen zur Einkommensungleichheit: Die Weltbank evaluiert 2022, dass die Hautfarbe immer noch zu 41% Bildung, Einkommen und Wohnsituation der Südafrikaner*innen bestimmt. Das kaputt gesparte Gesundheitssystem, strukturelle Wasser- und Stromknappheit, geschlechtsspezifische Gewalt, rassistische Attacken auf Migrant*innen und Geflüchtete, der Mangel an Infrastruktur und die hohe Kriminalitätsrate spiegeln nur einige der Krisen wider, die der ANC unter seiner Alleinherrschaft in Südafrika zu verantworten hat. Dazu verzeichnet das Land 2023 eine Arbeitslosenquote von offiziell 28,4%.

Das stetig wachsende Misstrauen in Südafrikas etablierte Parteien erklärt die gesunkene Wahlbeteiligung in diesem Jahr: mit sukzessive 28% weniger seit 1994 ist das die geringste Wahlbeteiligung seit jeher. Dazu haben alle etablierten Parteien an Wähler*innen verloren. Der ANC ist damit auf die erste Koalitionsregierung in der Geschichte Südafrikas angewiesen: Die neue Regierung der sog. "Nationalen Einheit" besteht aus dem ANC, seinem Konkurrenten, der Democratic Alliance - einer neoliberalen Partei, die ebenso im Interesse der Konzerne handelt und zwei rechts-konservativen Kleinparteien.



Lehren aus der Vergangenheit

Wie sehr Südafrika heute auf eine Bewegung von unten bauen kann und muss, zeigt die Geschichte des Landes. Im Kampf gegen die weiße Minderheiten-Regierung haben sich über Jahrzehnte hinweg Schüler*innen, Studierende und Arbeiter*innen gegen die rassistischen Repressionen mit Protesten und Streiks gewehrt. Das Ende der Apartheid löste schlussendlich der anhaltende Kampf der Menschen aus, die sich in Massen in ihren Schulen, Universitäten und Betrieben organisierten, und mit Gewerkschaften und dem ANC eine Organisation hatten, die diesen Kampf führen konnte. Doch genau diese verzichtete dann darauf, die Industrie zu verstaatlichen und die Macht darüber der Arbeiter*innenklasse zu geben. So blieben die kapitalistischen Strukturen bestehen und damit Ungleichheit und die wirtschaftliche und soziale Benachteiligung der schwarzen Bevölkerung. Wo eine weiße Kapitalist*innenklasse über Jahrhunderte zuerst über die Kolonialherrschaft und dann über die Implementierung der Apartheid in Gesetzgebung, Landnutzung und Alltag profitierte, ist jetzt eine Klasse an (multi-)nationalen Konzernen und korrupten ANC-Eliten.

Ein Beispiel dafür ist der Energieversorger ESKOM. Südafrikanische Durchschnittsbürger*innen verbringen im Jahr 73 von 365 Tagen ohne Strom. Diese Blackouts sind dem Misswirtschaften des Unternehmens geschuldet. Während

seit 2020 mind. 2.000 ESKOM-Mitarbeiter*innen ihren Job wegen Einsparungen verloren haben und seither 6.000 weitere um ihre Beschäftigung zittern müssen, verdient ihr CEO mit jährlich 6,9 Millionen Rand (356.000€) fast 50x so viel wie eine*r ihrer Elektriker*innen. Die Ungleichheit besteht also weiterhin fort. Hier wird deutlich: nur ein Bruch mit dem Kapitalismus kann (Neo-)Kolonialismus und Rassismus beenden.

Jeden Widerstand unterstützen!

Widerstand dagegen zeigt sich an den aktuellen und anhaltenden Arbeitskämpfen. 2018 gingen bei einem Generalstreik 800.000 Menschen auf die Straße. 2023 gab es 83 Streiks alleine im öffentlichen Sektor. Solidarische Arbeitskämpfe, Studierendenproteste und Druck von unten werden auch für die kommende Periode zur Notwendigkeit. Denn weder ein Wechsel der Institutionen, noch der Parteien wird die Veränderungen bringen, die die mittlerweile wieder anhaltend streikenden Massen in Südafrika fordern. Das hat sich auch beim historischen Streik der Marikana-Minenarbeiter*innen gezeigt. Dort wurden 34 Streikende auf Befehl der Polizei erschossen. Der kürzlich wiedergewählte Präsident Cyril Ramaphosa, damals Direktor des Mienen-Konzerns Lonmin, nannte die Streikenden "Kriminelle". Die eigentlichen Kriminellen sitzen dabei aber (immer noch) in der Regierung.



Lumumba beim „belgisch-kongolesischen Runden Tisch“ 1960 in Brüssel

DR Kongo: Brutale Ausbeutung bis heute

von Andrea Gasperlmaier

Kein Land der Welt hat so viele wertvolle Bodenschätze und Ressourcen wie die DRK, dennoch (und durch den Kolonialismus gerade deshalb) lebt die Mehrheit der Bevölkerung in Armut, wird im eigenen Land vertrieben und ausgebeutet. Insbesondere im rohstoffreichen Osten des Landes, wo die Machtkämpfe am heftigsten sind, erfahren die Einwohner*innen aktuell unsägliches Leid und Gewalt. Die brutale Geschichte geht Jahrhunderte zurück.

„Kongo-Konferenz“ und belgische Kolonialzeit

Von November 1884 bis Februar 1885 fand in Berlin die „Kongo-Konferenz“ statt. Die Kolonialmächte Europas und die USA beschlossen die wirtschaftliche Aufteilung des afrikanischen Kontinents, u.a auch des Kongos und somit die Entwürdigung, den Landdiebstahl und die Versklavung von Afrikaner*innen auf eine neue Stufe der Brutalität zu heben. Es entstand ein Wettlauf um Afrika. Europäische Kapitalist*innen rangen um Rohstoffe wie Kupfer, Baumwolle, Kautschuk oder Zinn. Der Rückgang des transatlantischen Sklavenhandels im 19. Jahrhundert bedeutete zunächst, dass die Arbeit, Abhängigkeit und Zwangsarbeit von Einheimischen zunahm.

Nach der Konferenz beanspruchte der belgische König Leopold II. den Kongo als seinen „persönlichen Privatbesitz“, in dem auch alle seine Bewohner*innen als „rechtloser Privatbesitz“ angesehen wurden. Der neue „Kongo-Freistaat“ war also nicht Besitz der Kolonialmacht Belgien, sondern nur des

Königs. Mit der Gier nach Profit überzog von nun an ein staatlich organisiertes Zwangsarbeitssystem das Land. Die Arbeitsbedingungen waren so grausam, dass in 23 Jahren ca. 10 Millionen Kongoles*innen daran starben oder getötet wurden. Zudem wurden unzählige Menschen verstümmelt, vergewaltigt und gefoltert, wenn die Kautschukernte nicht ausreichend war. Die „Kongo-gräuelt“ waren so brutal, dass Leopold II. seinen „Besitz“ verstaatlichen musste und an Belgien abgab. Mit dem Blutgeld ließ er Luxusbauten in Belgien errichten. Die kongolesische Bevölkerung wurde weiterhin von Belgien ausgebeutet und das Land zerstört, bis sich die Kolonialmacht 1959 nach Aufständen in „Léopoldville“ (heute: Kinshasa) zurückzog.

„Wir weigern uns ein Spielfeld internationaler Intrigen, Brutstätte und Schlachtfeld des Kalten Krieges zu sein.“
– Patrice Lumumba

Am 30. Juni 1960 wurde die „Republik Kongo“ offiziell unabhängig. Patrice Lumumba wurde der erste Ministerpräsident des Landes und gilt bis heute als einer der wichtigsten Unabhängigkeitskämpfer der DRK. Lumumba war Panafrikanist und appellierte für die Einheit, Dekolonisierung und Unabhängigkeit Afrikas. Im Kontext des Kalten Krieges stellte er sich weder auf die Seite der USA noch der Sowjetunion, dennoch wurde er im Westen als Kommunist bezeichnet und die amerikanischen sowie die belgische Regierung planten, ihn zu ermorden. Ein halbes Jahr nach Amtsbeginn wurde Lumumba von Truppen seines Gegners Mobutu mit Beihilfe westlicher Kräfte gefangen genommen, gefoltert und getötet.

Kongokriege bis heute

Nach Lumumbas Ermordung führte Mobutu im Land (umbenannt auf Zaire) eine Diktatur und nutzte den Staatsapparat, um Reichtum anzuhäufen, während die Bevölkerung unter Hunger und Armut litt. Er war mit westlichen Ländern verbündet und kämpfte gegen den Einfluss der Sowjetunion. Das Ende seiner Diktatur war der Genozid in Ruanda 1994, bei dem die Hutu-Mehrheit innerhalb weniger Monate 1 Millionen Tutsi tötete. Hutu sowie Tutsi flohen nach Zaire (heute: DRK). Seitdem gab es immer wieder Stellungskriege zwischen verschiedenen Gruppen, auf Kosten der kongolesischen Bevölkerung. Die Kriege zerstören das Öko- und Sozialsystem und zwingen Millionen Menschen zur Flucht. Die DRK ist immer noch das Spielfeld kapitalistischer Machtinteressen zugunsten westlichen Reichtums. Im Zuge der riesigen Nachfrage von Kobalt und Kupfer müssen Arbeiter*innen in gefährlichen Minen arbeiten, verdienen dabei \$2,5 am Tag. Viele sterben an Vergiftungen oder Verletzungen, darunter oft Kinder. Deshalb wird hier auch von einem „leisen Genozid“ gesprochen.

Doch es gab von Anbeginn der Kolonisierung Widerstand. Die stärksten Bewegungen waren Minen-Streiks ab 1941, denen sich bis 1944 auch Soldat*innen anschlossen. Solche Bündnisse sind auch heute möglich: 2007 haben UN-Mitarbeiter*innen in Kinshasa gestreikt, 2020 wurde in einer Mine gestreikt. Eine Überwindung neokolonialer Herrschaft über Ressourcen und Menschen im Kongo kann und muss von den Unterdrückten selbst erkämpft werden.

Irland: Erfolge für sozialistischen Feminismus

Gleichzeitig mit den Europawahlen haben in Irland auch Regionalwahlen stattgefunden, bei der die Socialist Party (ISA in Irland) 3 Stadtrats-Mandate gewinnen konnte. Insgesamt waren die Wahlen geprägt von einer schlechten Performance der etablierten Parteien, aber vor allem die links-nationalistische Sinn Féin blieb mit einem angepassten Kurs deutlich unter den Erwartungen. Dafür konnten sich – ähnlich wie bei den EU-Wahlen – eine Reihe von rechten Kandidat*innen durchsetzen. Umso wichtiger ist der Aufbau der tatsächlich kämpferischen sozialistischen Alternative bei den bevorstehenden Parlamentswahlen und auf der Straße. Die Socialist Party schreibt zu den Wahlen:

*“Es ist entscheidend, dass wir Sozialist*innen und Marxist*innen in den nächsten Dáil (Irisches Parlament) wählen, um in dieser Zeit der kapitalistischen Mehrfachkrisen einen Weg nach vorne zu weisen und dabei zu helfen, eine echte linke und*



*sozialistische politische Kampfsage und Alternative zum Status quo aufzubauen, die in den Kämpfen von Arbeiter*innen, Nachbarschaften, Frauen und queeren Menschen, behinderten Menschen sowie migrantisierten Menschen im Widerstand gegen Rassismus wurzelt.”*

Unmittelbar nach den Wahlen zeigten ROSA Irland, die Socialist Party und Ruth Coppinger – eine der gewählten Socialist Party-Stadträt*innen und ROSA-Aktivistin – wie genau das gelingen kann: Sie spielten eine zentrale Rolle bei der Organisation von landesweiten Protesten gegen geschlechterspezifische Gewalt. Ein irisches Gericht hatte einen Soldaten mit lediglich einer Bewährungsstrafe entlassen, nachdem dieser eine junge

Frau auf der Straße bewusstlos geprügelt hatte, weil sie ihn dazu aufgefordert hatte, homophobe Beschimpfungen zu unterlassen. Als Antwort auf dieses Urteil gingen landesweit Tausende in Protest gegen das sexistische Justizsystem und die Armee auf die Straße. Schon jetzt haben die Proteste Regierung und Armee zu ersten Zugeständnissen gezwungen. Aktivist*innen von ROSA und der Socialist Party organisieren weitere Proteste und betonen, dass es eine Bewegung gegen das gesamte sexistische und ungleiche System braucht, um geschlechterspezifische Gewalt tatsächlich zu bekämpfen.

socialistparty.ie

Belgien: Widerstand gegen Rechtsruck

Die Lokalwahlen in Belgien am 9. Juni haben die politische Landschaft drastisch verändert. Auch wenn die Wahlergebnisse hinter den düstersten Prognosen zurückblieben, erzielten rechtsextreme und nationalistische Parteien beunruhigende Erfolge. „Vlaams Belang“ erreichte 22% und die NVA wurde zur stärksten Partei in Flandern. Zusammen kontrollieren sie nun die Hälfte der Sitze im flämischen Parlament. Auch in Wallonien erzielten rechte Parteien insgesamt erstmals über 50%.

Diese Entwicklungen führten zu einer Welle von antifaschistischen Protesten, inspiriert durch die Bewegung in Frankreich. Die „Antifaschistische Koordination Belgien“, initiiert von Aktivist*innen der LSP/PSL (ISA in Belgien), bündelte linke Gruppen, Gewerkschaften und andere Organisationen, um dem Rechtsruck entgegenzutreten. Zwei Tage nach den Wahlen mobilisierten sie in Brüssel und Lüttich jeweils etwa 4000 junge Menschen. Eine weitere Großdemonstration mit 10.000 Teilnehmerinnen fand am Sonntag nach den Wahlen in Brüssel statt.

Ein bedeutender Faktor im Wahlkampf war die Hetze gegen Trans- und LGBTQI+-Rechte, was den Rechten sogar eher schadete. Dennoch ist mit Angriffen auf diese Rechte zu rechnen. Deswegen organisierte LSP/PSL bzw. ROSA Anfang Juli einen Pride-Protest in Gent und wird den Slogan „Pride is a Protest“ auch in die Regenbogenparaden in Lüttich und Antwerpen tragen.

socialisme.be

Anarchismus Demokratie Dialektik Faschismus Gewerkschaft
 Imperialismus Internationalismus Kapitalismus Klasse Ökologie Partei
 Permanente Revolution Rassismus Reformismus Stalinismus
 Übergangsmethode Anarchismus Demokratie Dialektik Faschismus
 Internationalismus Kapitalismus Klasse
 Revolution Rassismus Reformismus
 Anarchismus Demokratie Dialektik

ABC des Marxismus: Privateigentum

von Christina Schilcher

Im Kapitalismus wird uns oft erklärt, dass es motivierend sei, besonders hart zu arbeiten, da man die "Früchte seiner Arbeit ernten" kann. Dem Kommunismus hingegen wird oft vorgeworfen, Menschen ihr Hab und Gut wegnehmen zu wollen.

Bereits Marx und Engels schrieben dazu im Kommunistischen Manifest: "Man hat uns Kommunisten vorgeworfen, wir wollten das persönlich erworbene, selbsterarbeitete Eigentum abschaffen; das Eigentum, welches die Grundlage aller persönlichen Freiheit, Tätigkeit und Selbständigkeit bilde. [...] Erarbeitetes, erworbenes, selbstverdientes Eigentum! Sprecht ihr von dem kleinbürgerlichen, kleinbäuerlichen Eigentum, welches dem bürgerlichen Eigentum vorherging? Wir brauchen es nicht abzuschaffen, die Entwicklung der Industrie hat es abgeschafft und schafft es täglich ab."

Was Marx und Engels hier beschreiben, ist die tagtägliche Enteignung im Kapitalismus: Großkonzerne konzentrieren Produktionsmittel (Fabriken, Maschinen, Technologien) in ihren Händen und "schlucken" kleinere Betriebe. Welches kleine Logistikunternehmen könnte jemals gegen Amazon bestehen? Welcher regionale Bauernhof könnte jemals mit multinationaler Lebensmittelproduktion mithalten?

Persönliches Eigentum vs. Privateigentum

Es gibt einen Unterschied zwischen Privateigentum und persönlichem

Eigentum. Marxist*innen geht es nicht um die Abschaffung allen Eigentums – niemand will irgendjemandem seine persönlichen Besitztümer wie Zahnbürsten, Kleidung oder sonstiges wegnehmen. Vielmehr geht es um das bürgerliche Eigentum – also dass private Personen (Kapitalist*innen) das für die Produktion von Waren notwendige Eigentum besitzen. Die Produktion und das Kapital sind bereits ein gesellschaftliches und kein persönliches Produkt, da es nur durch die gemeinsame Tätigkeit der Arbeiter*innenklasse geschaffen werden kann – allerdings eignen sich im Kapitalismus die Kapitalist*innen den Großteil des Wertes, den diese Arbeit erzeugt, an; für die Arbeiter*innenklasse bleibt davon nur genug übrig, um ihre Arbeitskraft zu reproduzieren.

Die Arbeiter*innenklasse bekommt durch ihre Arbeit kein Eigentum, sondern schafft das Kapital, welches sich nur vermehren kann, indem es neue Lohnarbeit erzeugt, die es ausbeuten kann. Deswegen ist das Privateigentum die Basis einer Klassengesellschaft, in der die Kapitalist*innen die Arbeiter*innenklasse unterdrücken: die Arbeiter*innenklasse ist gezwungen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, während Kapitalist*innen den Profit einstreichen. Also wer erntet wirklich die "Früchte der Arbeit"?

Privateigentum: Eine Gefahr für die Gesellschaft

Wenn Marx und Engels jetzt von der Abschaffung des Privateigentums (an Produktionsmitteln) schreiben,

dann meinen sie damit nicht, dass alles persönliche Eigentum plötzlich zu gesellschaftlichem Eigentum wird, sondern dass sich der gesellschaftliche Charakter des Privateigentums ändern soll. Wenn gesellschaftlich und demokratisch darüber entschieden werden kann, was wie produziert wird, kann privates Eigentum nicht mehr genutzt werden, um die Arbeiter*innenklasse auszubeuten.

Wir produzieren ja bereits kollektiv, aber trotzdem gehören die Mittel, die wir brauchen, um zu produzieren und uns zu reproduzieren, den Kapitalist*innen. In Zeiten von Home Office wird sogar unser persönliches Eigentum vermehrt für das Privateigentum verwendet (persönliche Geräte, persönlicher Schreibtisch, Strom etc., um zu arbeiten). Ist das nicht absurd?

Die Existenz des Privateigentums bedroht aber auch immer mehr die Existenz der Gesellschaft. Solange einzelne Kapitalist*innen die Produktionsmittel besitzen, wird die Klimakrise fortschreiten – Privateigentum und Profitstreben führen dazu, dass Ressourcen rücksichtslos ausgebeutet und Klimaschutzmaßnahmen vernachlässigt werden, um Gewinne zu maximieren.

Gäbe es kein Privateigentum an Produktionsmitteln mehr, könnte die Arbeiter*innenklasse selbst entscheiden, wie sie die Produktionsmittel einsetzt, und würde dies auch in ihrem Interesse tun – nämlich so umweltfreundlich wie möglich. Nur so können wir eine lebenswerte Zukunft für alle sichern.

- » Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- » Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- » Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- » Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- » Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von Österreicher*innen und Migrant*innen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- » Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- » Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- » Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle.
- » Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- » Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- » Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für Migrant*innen, Gewerkschafter*innen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- » SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine Stellvertreter*innenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für Arbeiter*innen, Arbeitslose & Jugendliche, deren Vertreter*innen keine Privilegien haben.
- » Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der Arbeiter*innenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- » Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- » Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- » Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die Arbeiter*innenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.

**UNTERSTÜTZE UNS
MIT EINER SPENDE!**



**VORWÄRTS
ABONNIEREN!**

Vorwärts-Abo: 30€ | Sozial-Abo: 20€ (für Menschen ohne eigenes Einkommen)

All-Inclusive-Abo: 7€/Monat (Zeitung + alle Publikationen der ISA Österreich)

Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 25600000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 324 | 07-08/2024 | Normalpreis 2€ | Solidaritätspreis: 4€

ehemals:
ISA  **SLP**
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE Sozialistische Linkspartei

LE PEN, MELONI, KICKL:

INTERNATIONAL

GEGEN RECHTS!



AUS DEM INHALT

» Die **FPÖ** steuert auf Platz 1 bei den Wahlen zu. Woher kommt ihr Erfolg – und welches Programm brauchen wir für den Kampf gegen sie?

Seite 4

» Die Basisinitiative „**Sozial aber nicht blöd**“ startet eine kämpferische Kampagne für Verbesserungen in Pflege und Sozialbereich

Seite 17

» Dauerbrenner Femi(ni)zid – warum **Morde an Frauen** ein systemisches Problem sind und wir uns nicht auf die etablierte Politik verlassen können

Seite 13